

Antrag 82/I/2026**AGS Berlin, Abt. 02/13 Samariter-/Boxhagener Kiez****Der Landesparteitag möge beschließen:****Empfehlung der Antragskommission****Überweisen an: Landesvorstand (Konsens)****Progressive Steuerreform: Abgaben auf Arbeit senken, vermögensbezogene Abgaben anpassen – Gremium zur Erarbeitung eines konkreten Konzepts**

- 1 1. Der Landesvorstand der SPD Berlin beauftragt ein
- 2 Gremium, zur Erarbeitung eines Konzepts zur um-
- 3 fassenden, progressiven Steuer- und Sozialabga-
- 4 benreform – gemäß der in der Anlage skizzierten
- 5 Eckpunkten. Ziel ist die erhebliche Senkung der Ab-
- 6 gaben auf Arbeit mindestens auf ein vergleichbares
- 7 Niveau des Durchschnitts der OECD-Staaten.
- 8 2. Diese Entlastungen sind in dem Konzept durch ei-
- 9 ne konsequente Reform vermögensbezogener Ab-
- 10 gaben gegen zu finanzieren: v.a. eine gerechtere Be-
- 11 steuerung und etwaige Miteinbeziehung bei Sozial-
- 12 abgaben von Erbschaft, Schenkung, Vermögen und
- 13 Kapitaleinkünften nach internationalem Vorbild so
- 14 wie die von diversen Verbänden angemahnte Schlie-
- 15 ßung von Steuerlücken und die Abschaffung von so-
- 16 genannten "Steuerprivilegien".
- 17 3. Für die Ausarbeitung dieses Konzepts ist neben ver-
- 18 sierten Expert*innen aus unserer Partei die Einbin-
- 19 dung von Expert*innen aus in Wirtschaft- und Steu-
- 20 erpolitik anerkannten Wissenschaftseinrichtungen,
- 21 Wirtschafts- bzw. Steuerverbänden, Gewerkschaf-
- 22 ten und zivilgesellschaftlichen bzw. internationalen
- 23 Organisationen vorgesehen. Eine Zusammenarbeit
- 24 mit anderen Landesverbänden oder der Bundesebe-
- 25 ne ist wünschenswert, wenn es dem Ziel des An-
- 26 trags dienlich ist und nicht zu größeren Hemmnis-
- 27 sen im Aufwand und Fortschritt führt.
- 28 4. Das fertige Konzept soll der Partei auf Bundesebe-
- 29 ne vorgestellt und zur Beschlussfassung vorgelegt
- 30 werden, mit dem Ziel, es einerseits als profilgeben-
- 31 de Kernforderung unserer Partei aufzunehmen und
- 32 andererseits, es durch entsprechende Gesetzesent-
- 33 würfe über die SPD-Fraktion in den Bundestag ein-
- 34 zubringen und über eine Regierungsbeteiligung ei-
- 35 ne Reform zu realisieren.

36
 37 Details zum Gremium – wie Berufung, Zusammenset-

38 zung, Arbeit und Zeitachse – und zu den Eckpfeilern des

39 Reformkonzepts befinden sich in der Anlage dieses An-

40 trags. Sie sind Bestandteil des Antrags und werden nur

41 zum Ermöglichen eines einfacheren Leseflusses getrennt

42 als Anlage ausgewiesen.

43

44

45

46 **Begründung**47 **Begründung (Kurzversion):**

48 1) Höchste Abgaben auf Arbeit treffen auf niedrige
49 vermögensbezogene Abgaben

50 Die Abgaben von Arbeit sind in Deutschland im inter-
51 nationalen Vergleich besonders hoch: In keinem ande-
52 ren Land der 28 OECD-Staaten müssen arbeitende Men-
53 schen so viele Abgaben auf Ihr Einkommen leisten, wie
54 in Deutschland (und Belgien). Gleichzeitig sind hierzulan-
55 de vermögensbezogene Abgaben im internationalen Ver-
56 gleich relativ gering und liegen deutlich unter dem OECD-
57 Durchschnitt. Dadurch entsteht eine strukturelle Schief-
58 lage: Während Arbeit stark belastet wird, tragen große
59 Vermögen und Kapitaleinkommen vergleichsweise wenig
60 zum Steueraufkommen bei.

61

62 2) Niedriges Vermögen in der Breite bei höchster
63 Verteilungsungleichheit

64 Die hohe Belastung erschwert vielen Menschen den Ver-
65 mögensaufbau und die Vorsorge, was sich auch im ver-
66 gleichsweise niedrigen Medianvermögen in Deutschland
67 pro Kopf zeigt: Menschen in Italien und Spanien besitzen
68 rund die Hälfte mehr und in Frankreich, den Niederlanden
69 und dem Vereinigten Königreich sogar ungefähr doppelt
70 so viel. Währenddessen hat Deutschland die ungleichs-
71 te Vermögensverteilung im gesamten Euro-Raum zusam-
72 men mit Österreich.

73

74 3) Positiver Effekt dieser Steuerreform auf Wohlstand und
75 Wirtschaft

76 Eine gezielte Steuerreform kann diesen beiden gravieren-
77 den Fehlentwicklungen in unserem Land erheblich ent-
78 gegenwirken. Sie wird daher von diversen Verbänden, Ex-
79 pert*innenkreisen und Wissenschaftler*innen seit Jah-
80 ren gefordert. Ihr Ergebnis wäre nicht nur sozial gerecht,
81 sondern hätte auch einen starken wirtschaftlichen Effekt
82 auf den Binnenmarkt und das Wirtschaftswachstum: Die-
83 ser wäre laut OECD stärker als die Senkung der Unterneh-
84 mensgewinnbesteuerung.

85

86 4) Profil der SPD als Partei der sozialen Gerechtigkeit
87 schärfen

88 Zudem versteht sich die SPD historisch als Partei der Ar-
89 beiter*innen. Ihr politischer Auftrag ist es, die Lebensbe-
90 dingungen der Menschen zu verbessern, die durch ihre Ar-
91 beit den gesellschaftlichen Wohlstand schaffen. Mit die-
92 ser Reform wird sie eine breite Bevölkerungsschicht an-
93 sprechen können und ein klares Profil von sozialer Gerech-
94 tigkeit gepaart mit wirtschaftlichem Sachverstand unter-
95 streichen können. Gerade angesichts der schlechtesten
96 Bundestagswahlergebnisse seit Bestehen der Bundesre-
97 publik, hätte diese Reform das Potential viele Wählende
98 wieder anzusprechen und von der SPD zu überzeugen.

99

100 **Anlagen zum Antrag: Begründung (Vollversion), Konkreti-**

101 *sierung zur Bildung und Arbeit des Gremiums, Konkretisie-*
102 *rung Eckpfeiler des Konzepts*

103

104 **Begründung (Vollversion)**

105 **1. Die SPD als Partei der Arbeiter*innen: Entlastung**
106 **und Wertschätzung**

107

108 Die SPD ist von ihrer historischen Verankerung her die
109 Partei der arbeitenden Bevölkerung und der sozialen Ge-
110 rechtigkeit. Unser zentraler Auftrag ist es, **die Lebensbe-**
111 **dingungen der Menschen, die unser Land durch ihre Ar-**
112 **beitstätigkeit am Laufen halten, zu verbessern** und ihnen
113 die Möglichkeit zu geben, aus ihren Einkünften Vermögen
114 aufzubauen, um für das Alter vorzusorgen und finanzielle
115 Sicherheit zu erlangen für sich und ihre Familie.

116 Zudem geht es neben dieser monetären und fiskalen Be-
117 trachtung aber auch um eine Wertschätzung des gesell-
118 schaftlichen Beitrags der arbeitenden Bevölkerung – von
119 Angestellten bis Selbstständigen. Eine Entlastung bei den
120 Abgaben unterstreicht diesen Aspekt und gibt ein klares
121 Signal: Unsere Partei und Politik richtet sich nach der Le-
122 bensrealität der breiten Bevölkerung und erkennt den Bei-
123 trag ihrer Arbeit in den vielen Bereichen unseres Miteinan-
124 ders und Fortschritts wertschätzend an.

125 **1. Höchste Abgaben auf Arbeit und niedriges Vermö-**
126 **gen in der Breite**

127 Allerdings stehen die aktuellen Rahmenbedingungen für
128 die arbeitende Bevölkerung im klaren Widerspruch zu die-
129 sem Ziel: Deutschland gilt im internationalen Vergleich
130 als **Hochsteuerland für Arbeit**. Nach einer Auswertung der
131 OECD (Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit
132 und Entwicklung) aus dem Jahr 2023 lag die Steuer- und
133 Abgabenlast für ein durchschnittliches Ehepaar mit Kin-
134 dern bei 40,8 Prozent und für Single lag die Quote sogar
135 bei 47,8 Prozent. Damit belegt Deutschland weltweit den
136 zweiten Platz unter den Industrienationen.

137 So sehen sich Angestellte und Selbstständige zudem da-
138 mit konfrontiert, dass ihr Einkommen neben den bereits
139 steigenden Lebenshaltungskosten zusätzlich durch die
140 hohen Abgaben aufgezehrt wird und ein Vermögensauf-
141 bau, vor allen Dingen zur Absicherung und zur Vorsor-
142 ge fürs Alter, für viele Menschen kaum möglich ist. Das
143 im Median **niedrige Pro-Kopf-Vermögen in Deutschland**
144 **im Vergleich** zu unseren westlichen Nachbar*innen belegt
145 diese alarmierende Schieflage: In Frankreich und Großbri-
146 tannien hat ein/e Bürger*in (je nach zugrunde liegender
147 Studie) im Median rund doppelt so viel Vermögen, wie in
148 Deutschland und selbst in Italien und Spanien noch über
149 ein Drittel mehr als hierzulande.

150 Es ist daher **Kern des Selbstverständnisses unserer Partei**,
151 diese im internationalen Vergleich überdurchschnittliche
152 Belastung der arbeitenden Bevölkerung hierzulande an-
153 zuerkennen und erheblich zu senken, um die Mitte unse-

154 rer Gesellschaft zu stärken. So kann zudem ein elementa-
155 rer Beitrag geleistet werden, einen Vermögensaufbau und
156 Vorsorge in der Breite zu ermöglichen.

157 **1. Vermögensbezogene Abgaben deutlich unter dem**
158 **Schnitt anderer Industrienationen**

159 Während die arbeitende Bevölkerung überdurchschnitt-
160 lich belastet wird, sind gleichzeitig die **vermögensbezo-**
161 **genen Abgaben erschreckend niedrig, auch im interna-**
162 **tionalen Vergleich** – bezogen auf große Vermögen, ho-
163 he Erbschaften bzw. Schenkungen und Kapitalertrag. So
164 liegt Deutschland im OECD-weiten Vergleich nur auf Platz
165 22 bei der Höhe vermögensbezogener Abgaben im Ver-
166 gleich aller 38 Industrienationen, während es bei den ein-
167 kommensbezogenen Abgaben Platz 2 ist. So kritisiert die
168 OECD in ihren Berichten beispielsweise, dass der Anteil
169 der vermögensbezogenen Steuern und Abgaben am ge-
170 samten Steueraufkommen in Deutschland mit rund 3 Pro-
171 zent weit unter dem OECD-Durchschnitt von 5 Prozent
172 liegt. Die OECD fordert daher, u.a. Vermögen stärker zu
173 besteuern, um Arbeit zu entlasten und Investitionen zu
174 stärken. Sie sieht Handlungsbedarf bei den vielen Ausnah-
175 men rund um die Erbschafts- und Schenkungssteuer für
176 Betriebsvermögen einschließlich Aktien und großem Im-
177 mobilienbesitz in Deutschland.

178 Diese "Lücken" bei vermögensbezogenen Abgaben wer-
179 den besonders bei der Betrachtung sehr großer Vermögen
180 deutlich: Hier kritisieren diverse Verbände und wissen-
181 schaftliche Einrichtungen, dass mit steigendem Vermö-
182 gen der tatsächliche Steuer-/Abgabensatz in Deutschland
183 sogar abnimmt. So ermittelten z.B. Oxfam Deutschland
184 e.V. und Netzwerk Steuergerechtigkeit, dass die Quote der
185 tatsächlichen Steuer- und Abgabenlast für Multimillio-
186 när*innen und Milliardär*innen rund 40% niedriger ist als
187 die, durchschnittlicher Mittelstandsfamilien in Deutsch-
188 land. Zudem werden von zahlreichen Verbänden, Gewerk-
189 schaften und wissenschaftlichen Einrichtungen viele wei-
190 tere steuerliche Missverhältnisse in diesem Zusammen-
191 hang kritisiert. Beispielsweise sind hier Steuerausnahmen
192 auf Immobilienvermögen oder
193 das sogenannte "Schachtelprivileg", das über Holding-
194 Strukturen ein Umgehen der Kapitalertragsteuer ermög-
195 licht, zu ergänzen.

196 Insgesamt führt dieses Ungleichgewicht in der deutschen
197 Besteuerung dazu, dass weniger als nur 20% unseres ge-
198 samten Aufkommens an Steuern und Abgaben über Ver-
199 mögen, Kapitalertrag und Unternehmensgewinnen ge-
200 tragen wird. Mit über 80% des Aufkommens müssen An-
201 gestellte und Selbstständige mit Abgaben und Steuern
202 auf Ihre Arbeit und auf Ihren Konsum den Großteil der Ge-
203 meinschaftskosten allein stemmen.

204 **1. Wirtschaftliche Vorteile: Stärkung des Binnen-**
205 **markts**

206 Eine hier angeregte Steuerreform ist nicht nur eine Frage

207 der Gerechtigkeit, sondern auch ein Motor für die Wirt-
 208 schaft. **Mehr Netto vom Brutto für die breite Bevölkerung**
 209 **bedeutet eine Stärkung der Kaufkraft.** Dies führt zu einer
 210 Belebung der Binnennachfrage, von der auch Selbststän-
 211 dige und Handwerksbetriebe profitieren. Ein starker Bin-
 212 nenmarkt mit einer gestärkten Mittelschicht macht un-
 213 sere Wirtschaft unabhängiger von globalen Schwankun-
 214 gen und stärkt ihre Widerstandsfähigkeit. Dies ist gerade
 215 in den heutigen turbulenten globalen Zeiten von großer
 216 Bedeutung.

217 So betont auch die OECD in jüngsten Berichten, dass Steu-
 218 ergerechtigkeit nicht im Widerspruch zur wirtschaftlichen
 219 Vernunft steht, sondern ihre Voraussetzung ist. Eine Ent-
 220 lastung der Arbeit verspricht laut OECD weitaus größere
 221 Wachstumsimpulse als beispielsweise eine alleinige Sen-
 222 kung der Unternehmenssteuern.

223 1. **Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts** 224 **und des Vertrauens in die Politik**

225 Eine umfassende Steuerreform, die das Nettoeinkommen
 226 und damit die Kaufkraft der breiten Bevölkerung erheb-
 227 lich verbessert, stärkt auch das **Vertrauen in die Demokra-**
 228 **tie und unsere sozialdemokratische Politik.** Sie zeigt, dass
 229 sich die Politik für die Belange der breiten Bevölkerung
 230 einsetzt und ermöglicht den Menschen, wirkliche und er-
 231 lebbare positive Veränderungen zu erfahren. Dies ist es-
 232 senziell für einen starken gesellschaftlichen Zusammen-
 233 halt und die Akzeptanz politischer Entscheidungen und
 234 damit ein effektiver Beitrag gegen die populistischen Rän-
 235 der unserer aktuellen politischen Entwicklung.

236

237 **Konkretisierung zur Bildung und Arbeit des Gremiums**

238 1. **Initiierung:** Der Landesvorstand der SPD Berlin initi-
 239 iert die Bildung des Gremiums.

240 2. **Zusammensetzung intern:** Die Berliner Landesorga-
 241 nisationen der Arbeitsgemeinschaften AGS, AfA, Ju-
 242 sos und SPD Frauen wie auch der Landesvorstand
 243 der SPD Berlin selbst nominieren je ein/e für das
 244 Thema Steuer- und Wirtschaftspolitik versierte Ex-
 245 pert*in für das Gremium. Die fünf Genoss*innen bil-
 246 den die internen konstituierenden Mitglieder des
 247 Gremiums.

248 3. **Konstituierung:** Das Gremium, bestehend aus den
 249 internen nominierten Mitgliedern, konstituiert sich
 250 und gibt sich eine einfache Geschäftsordnung.

251 4. **Zusammensetzung extern/Vervollständigung:** Das
 252 konstituierte Gremium berät und entscheidet über
 253 die Einladung Partei-externer Mitglieder. Hierzu
 254 wird eine Diversität an versierten und partei-
 255 übergreifend anerkannte Expert*innen aus Wissen-
 256 schaft, Wirtschafts- bzw. Steuerverbänden, Gewerk-
 257 schaften und zivilgesellschaftlichen bzw. internatio-
 258 nalen Organisationen dringend empfohlen. Die kon-
 259 stituierenden internen Mitglieder nominieren fünf

- 260 weitere, externe Mitglieder für das Gremium. Da-
 261 mit ist das Gremium vollständig. Das Gremium kann
 262 entscheiden, weitere interne/externe Expert*innen
 263 zu kooptieren.
- 264 **5. Umfang Konzept:** Das Gremium erarbeitet ein kon-
 265 kretes Konzept zu einer Steuer- und Abgabenre-
 266 form, dieses soll beinhalten:
- 267 • Konkretisierung welche Abgaben um welchen An-
 268 teil gesenkt bzw. erhöht oder abgeschafft, verändert
 269 oder ergänzt werden sollen.
 - 270 • Berechnungen der Effekte basierend auf aktuellen
 271 und prognostizierten Bedingungen mit dem Ziel, ei-
 272 ner finanziell sich selbst tragenden, haushaltsneu-
 273 tralen Reform.
 - 274 • Wenn möglich, eine datenbasierte Begründung, so-
 275 wie weitere für eine Reform nötige Handlungsemp-
 276 fehlungen und Aufzeigen weiterer relevanter Poten-
 277 tiale von etwaigen nicht im Konzept abgedeckten
 278 Steuer-/Abgabepotentialen, die im Weiteren be-
 279 rücksichtigt werden sollten, wie z.B.:
 - 280 – Betrachtung der Ausstattung und Arbeit der Fi-
 281 nanzämter, um Potentiale aufzuzeigen, bei der
 282 effektiveren Aufdeckung und Verfolgung von
 283 Steuerhinterziehung
 - 284 – Bewertung strengerer Regeln in der Wegzugs-
 285 besteuern aber auch anderen Mitteln wie
 286 etwa einer an die Staatsbürgerschaft gebun-
 287 dene Steuer-/Abgabenpflicht mit dem Ziel das
 288 generelle Entgehen von Steuern und Abgaben
 289 durch Wegzug zu verhindern
 - 290 – Prüfung einer Reformierung des Ehegatten-
 291 splittings und der Privilegien bei Abgaben von
 292 Verheirateten und Lebenspartnern, besonders
 293 im Zusammenhang mit Fehlanreizen, struktu-
 294 rer Benachteiligung und Schaffung finanzi-
 295 eller Abhängigkeiten von Frauen
- 296 **1. Zeitachse:** Der Landesvorstand der SPD Berlin initi-
 297 iert die Bildung des Gremiums bis spätestens Ende
 298 Mai 2026, die Nominierung der internen Mitglieder
 299 und Konstituierung findet bis spätestens Ende Juni
 300 2026 statt. Die Nominierung der externen Mitglie-
 301 der sollte zudem zeitnahe nach Beratung der inter-
 302 nen Mitglieder folgen. Ein erster Zwischenbericht an
 303 den Landesvorstand und antragsstellenden Arbeits-
 304 gemeinschaft findet bis Ende Oktober 2026 statt.
 305 Ein Abschluss der Arbeit und Vorstellung des Kon-
 306 zepthes an Landesvorstand und die Arbeitsgemein-
 307 schaften sollte spätestens zum Jahresende 2026 an-
 308 visiert werden.
- 309 **2. Budget:** Dem Landesvorstand wird empfohlen, das
 310 Gremium mit einem (wenn auch kleinen) angemess-
 311 enen Budget auszustatten für etwaige, zwingend
 312 notwendige Ausgaben, wie z.B. Reisekosten, Druck-

313 kosten, Kommunikationsausgaben. Wenn gewollt,
314 kann das Budget durch Spendenaufrufe aufgestockt
315 werden. Über eine Aufwandsentschädigung für die
316 externen Mitglieder und deren Finanzierung, ent-
317 scheiden die internen Mitglieder und der Landesvor-
318 stand der SPD Berlin nach eigenem Ermessen.

319

320 **Konkretisierung Eckpfeiler des Konzepts**

321 Die anvisierte, erhebliche Entlastung der Abgaben auf Ar-
322 beit für die Breite der Bevölkerung muss durch Abgaben
323 auf besonders hohe Vermögenswerte, v.a. große Schen-
324 kungen und Erbschaften, sowie hohe Kapitalerträge auf
325 der einen Seite und der Schließung von Steuerlücken und
326 Steuerprivilegien auf der anderen Seite gegenfinanziert
327 werden. Dabei soll jedoch auch der Einfluss auf die Re-
328 altwirtschaft und etwaige Kapitalabwanderung berück-
329 sichtigt und Maßnahmen dahingehend bewertet werden.
330 Wir schlagen folgende Maßnahmen vor, die zentraler Be-
331 standteil des beantragten Steuerreformkonzepts werden
332 sollten:

333

334 **Reform der Erbschaft- und Schenkungsteuer:** Die derzei-
335 tigen Ausnahmen für große Erbschaften und Betriebsver-
336 mögen müssen abgeschafft werden. Ein aktuell faktisch
337 nahezu komplette Steuerbefreiung für Erben großer Fir-
338 menvermögen und unter gewissen Konstellationen auch
339 von Familien-Stiftungen wird von diversen Verbänden gar
340 als „verfassungsfeindlich“ eingestuft. So werden auch die
341 Ausnahmen auf Wohnungsportfolios ab 300 Einheiten,
342 bei denen komplette Steuerbefreiungen greifen können,
343 scharf kritisiert. Es wird daher empfohlen, diese und wei-
344 tere bestehende Ausnahmen und Privilegien kritisch zu
345 prüfen und Lücken zu schließen. Um Liquiditätsproble-
346 me von Unternehmen im Rahmen der Erbschaftsteuer
347 zu vermeiden, könnten weitreichende Stundungsregelun-
348 gen oder Verrentungsmodelle eingeführt werden, wie sie
349 beispielsweise das DIW vorschlägt.

350

351 **Schließung von Steuerprivilegien und -lücken bei Kapital-**
352 **ertrag, Immobilien und Transaktionen:** Es gibt eine Viel-
353 zahl von steuerlichen Sonderregelungen und Schlupflö-
354 chern bei Steuern und Abgaben auf Transaktionen, Kapi-
355 talerträgen und Immobiliengeschäften, die den Staat Mil-
356 liarden kosten. Dazu gehören etwa „Share Deals“ beim
357 Kauf von Immobilienportfolios, die den Erwerb ohne
358 Grunderwerbsteuer ermöglichen. Ein weiteres Beispiel ist
359 das sogenannte „Schachtelprivileg“ in Holdingstrukturen,
360 das Erträge aus der Veräußerung von Unternehmensan-
361 teilen nahezu steuerfrei stellt oder das Umgehen durch
362 Stiftungen. So fordert der DGB die Abschaffung solcher
363 „ungerechtfertigten Steuerprivilegien“ und auch das ifo-
364 Institut befürwortet, viele dieser Regelungen und Privile-
365 gien abzuschaffen. Zudem werden nach wie vor Lücken

366 zur erheblichen Steuervermeidung bei Unternehmen vor
367 dem Hintergrund internationaler Konzernstrukturen kriti-
368 siert, wie z.B. von der OECD im Zusammenhang des soge-
369 nannten „Base erosion and profit shifting“ (BEPS).

370

371 **Gerechte Besteuerung von Kapitaleinkünften:** Um die Un-
372 gleichbehandlung von Lohn- und Kapitaleinkommen zu
373 beenden, müssen Kapitalerträge, die über eine bestimm-
374 te Grenze hinausgehen, stärker zur Finanzierung des Ge-
375 meinwesens beitragen. Der persönliche Einkommensteu-
376 ersatz sollte für diese Einkommen zur Anwendung kom-
377 men, um zu verhindern, dass sie systematisch niedriger
378 besteuert werden als Einkommen aus Arbeit. Hingegen
379 sollte bei niedrigen Kapitaleinkünften eine weitere Ent-
380 lastung oder gar Befreiung bewertet werden, da dies ei-
381 ne Vorsorge und den bisher unterdurchschnittlichen Ver-
382 mögensaufbau in der breiten Bevölkerung unterstützen
383 könnte.

384

385 **Bewertung einer Vermögenssteuer:** Unser Grundgesetz
386 lässt ausdrücklich eine Vermögenssteuer zu, sie wurde je-
387 doch seit 1997 ausgesetzt. Diverse Rechtsgutachten und
388 Verbände kommen zu dem Ergebnis, dass eine Vermö-
389 genssteuer rechtlich möglich ist und zu einer Entlastung
390 der breiten Bevölkerung beitragen kann. So zeigt Oxfam,
391 dass die Vermögenssteuer in der Schweiz rund 7% des
392 gesamten Steueraufkommens ausmacht. Ihr Effekt, aber
393 auch ihre Praktikabilität und der Aufwand in der Umset-
394 zung, sind wie auch die juristische Situation demnach zu
395 bewerten.